

Osteuropa kompakt



Inhalt

Deutsche Übersetzung.....	3
Estland	3
Senkung der Einkommensteuersätze und der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung sowie Erhöhung des Steuerfreibetrags.....	3
Mindestlohn.....	3
Neue Formulare für die Körperschaftsteuererklärung.....	4
Litauen	4
Bestimmung des Besteuerungszeitraums	4
Sozialversicherungsbeiträge	4
Mongolei	5
Welche mongolischen Steuerfragen sollten ausländische natürliche Personen im Hinblick auf die sich nähernde Abgabefrist berücksichtigen?	5
Polen	7
Einführung einer Anti-Missbrauchs-Klausel in die Mutter-Tochter-Richtlinie durch den Rat der Europäischen Union.....	7
Rumänien	8
Erklärungen zum “Mini One Stop Shop“-System (System der sog. einzigen Anlaufstelle).....	8
Der Umsatzsteuersatz für Unterbringungen liegt bei 9 %.....	8
Russland	9
Bevorstehende Änderungen bei der Gesellschafterfremdfinanzierung.....	9
Serbien	12
Jährliche Einkommensteuererklärung	12
Slowenien	12
Einführung von Steuerregistrierkassen	12
Neuigkeiten in der Steuergesetzgebung.....	13
Ukraine	14

Der Steuerkompromiss (Amnestie) ist seit dem 17. Januar 2015 auch für Unternehmen möglich	14
Methodische Empfehlungen für einen Steuerkompromiss.....	14
Klarstellung der neuen Umsatzsteuerregeln durch die Steuerbehörden.....	14
Ungarn	15
Sozialversicherung bei Entsendungen und Meldepflicht	15
Gehaltsnebenleistungen	16
Blog	17
English translation	17
Estonia	17
Income tax and unemployment insurance contributions' rates reduced, tax exempt allowance increased	17
Minimum wage	17
New corporate tax return forms.....	18
Lithuania	18
The determination of taxable period.....	18
Regarding the Social Security Contributions (SSC)	18
Mongolia	19
What Mongolian tax issues should foreign individuals consider as the filing deadline approaches?.....	19
Poland	20
The Council of the European Union introduced an anti-abuse clause to the parent-subsidiary directive	20
Romania	21
Clarifications regarding the "mini one-stop-shop" regime.....	21
9 % VAT rate for accommodation	22
Russia	22
Upcoming changes in the thin cap rules.....	22
Serbia	25
Annual Personal Income Tax Return.....	25
Slovenia	25
Implementation of Tax cash registers	25
Novelties within the tax legislation	26
Ukraine	26
Tax compromise (amnesty) is now available to companies effective from 17 January.....	26

The tax authorities have issued methodical recommendations regarding a tax compromise	27
The tax authorities have clarified the new VAT rules	27
Hungary	27
Social Security in case of an assignment and reporting obligation	27
Fringe benefits	28
Blog	29
Über uns	30
Ihre Ansprechpartner	30
Bestellung und Abbestellung	30

Deutsche Übersetzung

Estland

Senkung der Einkommensteuersätze und der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung sowie Erhöhung des Steuerfreibetrags

Zum 1. Januar 2015 wurde der allgemeine Einkommensteuersatz von 21 % auf 20 % gesenkt. Weiterhin wurden auch die Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung heruntergesetzt. Der Arbeitgeberanteil liegt nun bei 1,6 % während der Arbeitnehmeranteil bei 0,8 % liegt (bisher 2 % bzw. 1 %).

Der monatliche Steuerfreibetrag ist von EUR 144 auf EUR 154 erhöht worden (EUR 1.848 pro Jahr). Der Rentenfreibetrag beträgt EUR 220 im Monat, sodass einem Rentner insgesamt steuerfreie Einnahmen von EUR 374 pro Monat zustehen.

Mindestlohn

Die Regierung hat den Mindestlohn für eine Vollzeitstelle auf EUR 390 pro Monat erhöht. Der Mindeststundenlohn ist von EUR 2,13 auf EUR 2,34 erhöht worden. Die neuen Beträge gelten seit Januar 2015.

Neue Formulare für die Körperschaftsteuererklärung

Zum 1. Januar 2015 ist das Formular TSD für die Körperschaftsteuererklärung mit Anlagen aktualisiert worden (erstmalig anwendbar zum 10. Februar 2015). Bei der Berichterstattung wurde wesentlich geändert, dass der Steuerpflichtige ab sofort nur noch die Ausgangsdaten einfügen muss und das System daraufhin alle entsprechenden Steuern des Steuerpflichtigen berechnet (der Grundsatz der Berechnung der Steuer durch den Steuerpflichtigen wurde durch den Prüfungs- und Bewertungsgrundsatz ersetzt).

Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Anlage 7 des Formulars TSD zukommen, da die Vervollständigung länger als normal dauern könnte und komplexer erscheint. Dies gilt besonders für Unternehmen, die vor einigen Jahren gegründet wurden, oder aus einem Firmenzusammenschluss entstanden sind. Die Richtlinien der Finanzverwaltung zum Ausfüllen der überarbeiteten Anlage 7 sind auf ihrer Website veröffentlicht: <http://www.emta.ee/index.php?id=35843>.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Villi Töntson, Telefon: +372 6141-816

Litauen

Bestimmung des Besteuerungszeitraums

Die Vorschriften zur Bestimmung des Besteuerungszeitraums sowie das Antragsformular PVM105 zu dessen Festsetzung wurden geändert.

Die Vorschriften wurden um zusätzliche Erklärungen, wonach die neu als umsatzsteuerpflichtig registrierten juristischen Personen ein Kalenderhalbjahr ab dem Datum ihrer Registrierung als Besteuerungszeitraum bestimmen dürfen. Natürliche Personen können einen Kalendermonat als Besteuerungszeitraum bestimmen.

Wenn neue umsatzsteuerpflichtige Personen ihren Besteuerungszeitraum sofort nach ihrer Registrierung bestimmen möchten, können sie einen Antrag auf Änderung des Besteuerungszeitraums stellen. Dieser Antrag muss bis zum 15. Tag des Folgemonats der Umsatzsteuerregistrierung gestellt werden.

Sozialversicherungsbeiträge

Seit dem 1. Januar 2015 müssen die Sozialversicherungsbeiträge, die durch einen Einzelunternehmer, durch die Gesellschafter einer kleinen Personengesellschaft und einer Handelsgesellschaft doppelt gezahlt werden.

Die Sozialversicherungsbeiträge auf Geldmittel, die für den Eigenbedarf entnommen wurden, müssen unter folgenden Voraussetzungen gezahlt werden:

- im Gründungsjahr eines Einzelunternehmens, einer kleinen Personengesellschaft oder Handelsgesellschaft;
- der Unternehmer ist nicht älter als 29 Jahre alt;
- dem Unternehmer stehen Alters- oder Berufsunfähigkeitsrenten zu;
- die Sozialversicherungsbeiträge für den Unternehmer wurden bereits gezahlt (z. B. für Tätigkeiten zur Erfüllung eines Arbeitsvertrags);
- der Unternehmer hat die Sozialversicherungsbeiträge als Inhaber des Einzelunternehmens selbst gezahlt (mit Ausnahme derjenigen, die unter dem Regime eines steuerlichen Unternehmenszertifikats arbeiten).

In allen anderen Fällen sind die Sozialversicherungsbeiträge auf den Betrag zu zahlen, der nicht geringer als der Mindestlohn sein darf, selbst wenn die Geldmittel für den Eigenbedarf nicht einbehalten werden.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 5 239-2300

Mongolei

Welche mongolischen Steuerfragen sollten ausländische natürliche Personen im Hinblick auf die sich nähernde Abgabefrist berücksichtigen?

Da die Abgabefrist (15. Februar 2015) naht, sollten ausländische natürliche Personen, die sich in der Mongolei befinden, relevante Steuerfragen wie z. B. Steuerwohnsitz, steuerpflichtiges Einkommen, Steuersätze, individuelle Steuererklärungen, Zahlungspflichten und –fristen sowie potenzielle Strafen, beachten.

Das Einkommen, das außerhalb der Mongolei erwirtschaftet wurde, könnte ebenfalls der mongolischen Steuer unterliegen.

Steuerwohnsitz

Eine ausländische natürliche Person ist in der Mongolei steuerlich ansässig, wenn sie sich mindestens 183 Tage des Steuerjahres in der Mongolei aufhält oder ihren Wohnsitz in der Mongolei hat (Art. 6.1.1 und 6.1.2 des mongolischen Einkommensteuergesetzes). Die Tage berechnen sich dabei entsprechend der Anzahl an Kalendertagen seit dem ersten Tag in der Mongolei. Bei mehreren Aufenthalten werden die Gesamttage der jeweiligen Aufenthalte in der Mongolei zusammengerechnet.

Eine ausländische Person gilt nicht als ansässiger Steuerpflichtiger in der Mongolei, wenn sie weder Wohnsitz noch mindestens 183 Tage im Steuerjahr in der Mongolei verbracht hat (Art. 7.1 des mongolischen Einkommensteuergesetzes).

Steuerpflichtiges Einkommen

Wenn ein Ausländer in der Mongolei steuerpflichtig ist, unterliegen sowohl sein inländisches Einkommen als auch sämtliches Einkommen aus Quellen außerhalb der Mongolei (d. h. sein weltweites Einkommen) der mongolischen Steuer (Art. 9.1.1 des mongolischen Einkommensteuergesetzes).

Bei nicht gebietsansässigen Steuerpflichtigen unterliegt nur das inländische Einkommen der mongolischen Steuer (Art. 9.1.2 des mongolischen Einkommensteuergesetzes).

Steuersätze

Sämtliche Einkommensarten von ansässigen und nicht ansässigen Steuerpflichtigen werden mit 10 % besteuert. Für folgende Einkommensarten bestehen Ausnahmen:

- Einkommen aus der Schaffung wissenschaftlicher, literarischer und künstlerischer Werke sowie aus Erfindungen, Produktdesign und der Organisation und Teilnahme an Sportwettbewerben, Kunstperformances und weiteres ähnliches Einkommen wird mit 5 % besteuert; des Weiteren wird das Einkommen aus der Honoraren bei Sportwettbewerben, Kunstperformances und Festspielen mit 5 % besteuert;
- Einkommen aus dem Verkauf von Immobilien wird mit 2 % besteuert;
- Einkommen aus Quizsendungen, Glücksspiel und Lotterie wird mit 40 % besteuert.

Diese Steuersätze können auf der Grundlage eines Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt werden oder unanwendbar sein.

Individuelle Steuererklärungs- und Zahlungspflichten

Die individuelle Steuererklärungs- und Zahlungspflicht gilt für in der Mongolei ansässige Steuerpflichtige mit inländischem Einkommen, das keiner Quellenbesteuerung in der Mongolei unterliegt, und/oder mit Einkommen aus Quellen außerhalb der Mongolei.

Darüber hinaus müssen nicht ansässige Steuerpflichtige, deren inländisches Einkommen keiner Quellensteuer in der Mongolei unterliegt, ebenfalls Einkommenssteuer selbst ermitteln, anmelden und zahlen.

Ein Ausländer sollte sich bei den mongolischen Steuerbehörden zu einkommensteuerlichen Zwecken registrieren, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Zahlung der Steuer und Abgabefristen

Die jährliche Steuererklärung ist am 15. Februar des Jahres fällig, das auf das Berichtsjahr folgt (Art. 28.2 des mongolischen Einkommensteuergesetzes). Für die jährliche Einkommensteuer ist das Formular TT-06 (a) und (b) zu nutzen.

Zurzeit werden die Erklärungen direkt bei den Steuerbehörden in Papierform eingereicht. Allerdings soll laut den Steuerbehörden die elektronische Abgabe ab Januar 2015 möglich sein.

Folgende Einkommensteuern, die nicht der Quellenbesteuerung unterliegen, müssen bis zum 15. Tag des ersten Monats im Folgequartal gezahlt werden:

- Einkommensteuer für den Verkauf von Immobilien;
- Einkommensteuer für Leasing;
- Einkommensteuer für die Erbringung professioneller Dienstleistungen und der Durchführung von individuellen Produktions- und Handelstätigkeiten;
- Einkommensteuer für die Nutzung von Eigentum durch eine andere Person, das im Besitz und Eigentum des Steuerpflichtigen ist;
- Einkommensteuer für den Verkauf von beweglichem Eigentum;
- Einkommensteuer für den Verkauf von Aktien und Wertpapieren.

Strafen bei verspäteter Steuerzahlung und verspäteter Abgabe von Steuererklärungen

Falls ein Steuerpflichtiger seine Steuern nicht pünktlich zahlt, wird ihm für jeden verspäteten Tag ein Säumniszuschlag von 0,1 % durch die Finanzverwaltung auferlegt (Art. 74.2 des mongolischen Steuergesetzbuches).

Die verspätete Abgabe von Steuererklärungen zieht Strafen nach sich. Die für die verspätete Abgabe verantwortliche Person muss als Strafe das drei- bis vierfache des Mindestarbeitslohns zahlen (Art. 75.1.3 des mongolischen Steuergesetzbuches). Der Mindestarbeitslohn liegt derzeit bei MNT 192.000 (ca. EUR 87).

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Abdulhamid Muminov, Telefon: +7 727 298-0448

Polen

Einführung einer Anti-Missbrauchs-Klausel in die Mutter-Tochter-Richtlinie durch den Rat der Europäischen Union

Am 19. Dezember 2014 hat der Rat der Europäischen Union dem Entwurf zur Einführung einer Anti-Missbrauchs-Klausel in die Mutter-Tochter-Richtlinie zugestimmt. Diese Änderung wurde in der Sitzung vom 27. Januar 2015 verabschiedet. Die Mitgliedstaaten müssen die Klausel bis zum Ende des Jahres in nationales Recht umgesetzt haben.

Die Mutter-Tochter-Richtlinie befreit Dividenden und andere grenzüberschreitende Zahlungen aus Gewinnbeteiligungen von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaften von der Quellensteuer. Ziel ist die Vermeidung einer Doppelbesteuerung solcher Einkünfte auf Ebene der Muttergesellschaft. Am 25. November 2013 initiierte die Kommission die Diskussion über eine Anti-Missbrauchs-Klausel, um Missbräuche der Richtlinie zu verhindern.

Nach der neuen Klausel sollen die Vorteile aus der Richtlinie solchen Vereinbarungen nicht zu Gute kommen,

- die zu einem Steuervorteil führen, der dem Ziel oder Zweck der Richtlinie widerspricht, und
- unter Berücksichtigung aller relevanten Tatsachen und Umstände als künstlich zu bewerten ist.

Nach der neuen Klausel ist eine Vereinbarung als künstlich zu bewerten, wenn sie nicht aus berechtigten wirtschaftlichen Gründen getroffen wurde und nicht die wirtschaftliche Realität widerspiegelt.

Die Anwendung nationaler Bestimmungen oder von Abkommensbestimmungen zur Vermeidung von Steuerhinterziehung, Steuerbetrug oder –missbrauch soll durch die Klausel nicht ausgeschlossen werden.

Bitte beachten Sie, dass Polen zum 1. Januar 2016 die Einführung einer allgemeinen Anti-Missbrauchs-Vorschrift in das Steuergesetz plant. Zurzeit kann nur schwer abgeschätzt werden, wie die beiden Vorschriften zusammenwirken werden.

Was bedeutet das für Sie?

Nach der Einführung der Anti-Missbrauchs-Klausel, werden die Steuerbehörden Kapitalflüsse an/von Holdinggesellschaften stärker untersuchen. Desweiteren ist aktuell nicht sicher, wie die polnischen Steuerbehörden bestimmte in der Änderung benutzte Begriffe wie z. B. „berechtigte wirtschaftliche Gründe, die die wirtschaftliche Realität widerspiegeln“ definieren werden. Die Prüfung zukünftiger Dividendenzahlungen polnischer Gesellschaften an ausländische Muttergesellschaften oder von ausländischen Tochtergesellschaften an polnische Holdinggesellschaften ist ratsam. Dabei sollten sämtliche notwendigen Anpassungen vorgenommen werden, um der Richtlinie vor dem 1. Januar 2016 zu entsprechen. Nutzen Sie die verbleibende Zeit, um eine Strategie zu entwerfen oder sich nach den aktuellen Gegebenheiten auszurichten, auf die die neue Anti-Missbrauchs-Klausel Anwendung finden könnte.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Wieslawa Ksycka, Telefon: +48 71 356-1161

Rumänien

Erklärungen zum "Mini One Stop Shop"-System (System der sog. einzigen Anlaufstelle)

Durch den präsidialen Beschluss Nr. 4023 wurde dem Registrierungsverfahren von Steuerpflichtigen für Sonderregelungen (EU und Nicht-EU) bei elektronisch erbrachten Dienstleistungen, Telekommunikations-, Rundfunk- und Fernsehdienstleistungen sowie für die Umsatzsteuererklärung zugestimmt.

Das Verfahren betrifft Steuerpflichtige mit Geschäftssitz oder fester Niederlassung in Rumänien sowie Steuerpflichtige mit Sitz außerhalb der EU, die o. g. Dienstleistungen an Nicht-Steuerpflichtige in der EU erbringen.

Für die Registrierung in Rumänien gelten folgende Voraussetzungen:

- keine bisherige Registrierung bei einer Anlaufstelle für Sonderregelungen in einem anderen Mitgliedstaat;
- es finden keine Umstände Anwendung, nach denen es ihnen untersagt ist, eine oder beide Sonderregelungen anzuwenden.

Die Zuständigkeit für Steuerpflichtige, die dieses Regime nutzen, liegt beim Finanzamt für nichtansässige Steuerpflichtige innerhalb der Generaldirektion für öffentliche Finanzen Bukarest.

Steuerpflichtige, die sich für die Nutzung des Verfahrens entschieden haben, und deren gewählter Registrierungsstaat Rumänien ist, müssen eine elektronische Erklärung über die Tätigkeitsaufnahme bei der zuständigen Behörde einreichen.

Steuerpflichtige, die eine feste Niederlassung in anderen Mitgliedstaaten haben, müssen diese Niederlassungen zusammen mit sämtlichen personenbezogenen Daten in die Erklärung über die Tätigkeitsaufnahme einbeziehen.

Steuerpflichtige außerhalb der EU müssen ebenfalls eine Erklärung einreichen, in der sie bestätigen, dass sie in keinem anderen EU-Land zu umsatzsteuerlichen Zwecken registriert sind.

Im Anschluss an die Registrierung müssen Steuerpflichtige eine besondere elektronische Umsatzsteuererklärung pro Quartal bei der zuständigen Behörde einreichen. Dies gilt unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum Dienstleistungen erbracht wurden.

Bis zum zehnten Tag des Folgemonats muss die zuständige Behörde über sämtliche Änderungen der Ausgangsdaten informiert werden. Wenn sich ein Steuerpflichtiger ohne eingetragenen Firmensitz (aber mit verschiedenen festen Niederlassungen in der EU) nach seiner Registrierung in Rumänien in einem anderen Mitgliedstaat registrieren möchte, kann dies zum 1. Januar des dritten Jahres nach der Registrierung in Rumänien erfolgen.

Falls ein registrierter Steuerpflichtiger die Nutzung der Sonderregelungen beenden möchte, muss er spätestens 15 Tage vor Beginn des Folgequartals, ab dem die Nutzung beendet werden soll, eine Benachrichtigung einreichen.

Der Umsatzsteuersatz für Unterbringungen liegt bei 9 %

Die Änderung zu Punkt 23 der Anwendungsvorschriften zu Gesetz Nr. 571/2003 (Steuergesetz) erstreckt den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 9 % auf sämtliche Unterbringungen in Touristenorten. Die betroffenen Unterbringungen sind:

- Unterbringung ohne Frühstück;
- Unterbringung mit Frühstück;
- Halbpension;
- Vollpension;
- „All-inklusive“-Unterbringung zu einem vereinbarten Festpreis.

Derselbe Steuersatz gilt auch für die Weiterberechnung der exakten Kosten für solche Unternehmungen. Eine Ausnahme besteht dann, wenn eine steuerliche Sonderregelung für Tourismusagenturen anwendbar ist.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Ionut Simion, Telefon: +40 21 225-3702

Russland

Bevorstehende Änderungen bei der Gesellschafterfremdfinanzierung

Die Staatsduma der Russischen Föderation hat ein Gesetz zur Änderung der Regelungen zur Gesellschafterfremdfinanzierung in Russland in erster Lesung verabschiedet. Durch diese Regelungen können gezahlte Zinsen steuerlich in Dividenden umqualifiziert werden.

Obwohl noch weitere Feinabstimmungen erwartet werden, ist das Ziel des Änderungsgesetz offensichtlich: Die Regelungen zur Gesellschafterfremdfinanzierung sollen den Anwendungsbereich der bestehenden Regelungen zur Gesellschafterfremdfinanzierung auf verbundene Unternehmen erweitern. Daher soll die Gesellschafterfremdfinanzierung nicht nur Anwendung bei der Aufnahme von Darlehen beim ausländischen Gesellschafter finden, der eine direkte oder indirekte Beteiligung am russischen Darlehensnehmer hat, oder auf die Darlehensgewährung russischer Schwestergesellschaften, sondern auch bei Darlehensaufnahmen bei russischen und ausländischen verbundenen Unternehmen des Gesellschafters. Daher werden z. B. die Zinszahlungen auf Darlehen ausländischer Schwestergesellschaften von den neuen Regeln der Gesellschafterfremdfinanzierung erfasst.

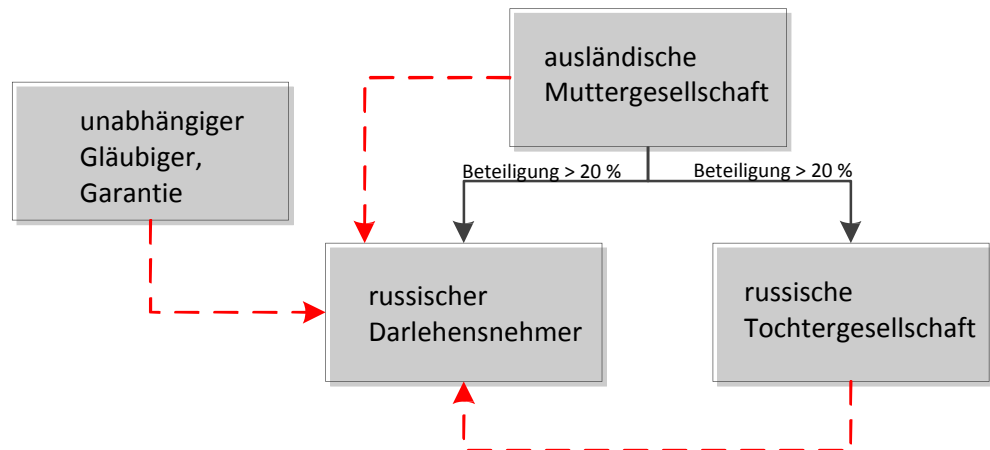
Mit dem Änderungsgesetz soll jedoch auch eine Erleichterung der Finanzierung durch russische Banken eingeführt werden. Hinsichtlich der steuerlich anzuerkennenden Fremdkapital/Eigenkapital Relationen wurden keine Änderungen vorgesehen. Diese betragen grundsätzlich 3:1 und bei Banken und Gesellschaften mit ausschließlicher Leasingtätigkeit 12,5:1. Die steuerliche Beurteilung der ausschließlichen Leasingaktivitäten wurde konkretisiert.

Welche Darlehen sind von der zu erwartenden Gesetzesänderung betroffen?

Nach derzeit geltendem Recht sind folgende Gesellschafterfremdfinanzierungen von den Regelungen erfasst:

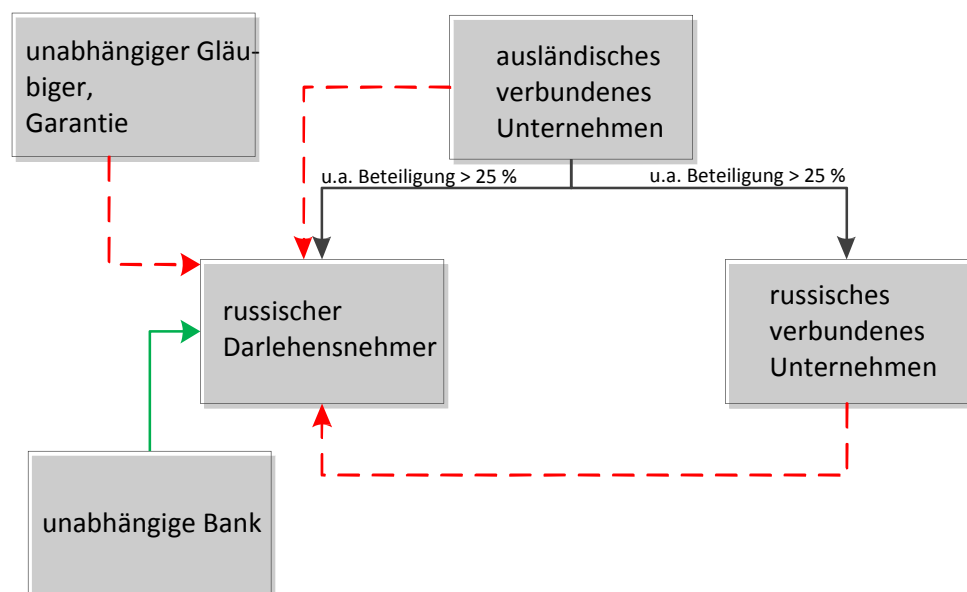
- Fremdfinanzierungen einer ausländischen Muttergesellschaft (mit direkter oder indirekter Beteiligung von mehr als 20 %);
- Fremdfinanzierungen durch eine russische Schwestergesellschaft (Tochtergesellschaft der o. g. ausländischen Muttergesellschaft);
- Darlehensvergaben, die durch Garantien der o. g. Gesellschaften oder andere Instrumente besichert sind.

In der folgenden Abbildung zeigen die roten Pfeile auf Finanzierungen, die den Regelungen unterliegen. Die grünen Pfeile stellen Finanzierungen dar, die nicht von den Regelungen betroffen sind.



Nach neuem Recht werden folgende Gesellschafterfremdfinanzierungen von den Regelungen erfasst sein:

- Fremdfinanzierungen ausländischer verbundener Unternehmen;
- Fremdfinanzierungen durch eine russischen Gesellschaft, die mit dem o. g. ausländischen Unternehmen als verbunden erachtet wird;
- Darlehensvergaben, die durch Garantien der o. g. Gesellschaften oder andere Instrumente besichert sind.



Gegenseitige Abhängigkeit: Welche Darlehen sind schädlich?

Der Begriff der gegenseitigen Abhängigkeit ist in Art. 105.1 SteuerGB RF definiert. Dieser Artikel besagt, dass Unternehmen als verbunden erachtet werden können, wenn eine direkte oder indirekte Beteiligung von über 25 % besteht, oder wenn es sich um Schwestergesellschaften mit demselben Anteilseigner (Beteiligung an jeder Gesellschaft über 25 %) handelt oder aus anderen Gründen eine Verbundenheit unterstellt wird.

Diese anderen Gründe können von russischen Gerichten nach zukünftiger Rechtslage festgestellt werden, wenn die Beziehungen der Unternehmen die Bedingungen der von ihnen vorgenommenen Rechtsgeschäfte beeinflussen.

Insofern wird durch das neue Gesetz die schädliche Beteiligungsschwelle ausländischer Anteilseignern **von 20 % auf 25 %** angehoben und darüber hinaus der An-

wendungsbereich der Norm auf Darlehen **ausländischer Schwestergesellschaften** sowie anderer verbundenen Unternehmen, auch ohne direkter oder indirekter Beteiligung am russischen Darlehensnehmer erweitert. Zusätzlich werden die Regelungen durch die Einführung des Tatbestands der „anderen Gründe“ verschärft. Mit der Einführung der Feststellung der Verbundenheit von Unternehmen aus anderen Gründen durch russische Gerichte wird die Norm für den Steuerpflichtigen zukünftig unbestimmt und willkürlich.

Ausnahmen für Darlehen von russischen Banken

Im neuen Gesetz werden Fremdfinanzierungen durch russische Banken aus dem Anwendungsbereich der Gesellschafterfremdfinanzierung ausgenommen. Dafür haben die Banken allerdings folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- die Fremdfinanzierung erfolgt durch eine russische Bank, die weder mit dem russischen Darlehensnehmer noch mit dem ausländischen Gesellschafter oder einer ausländischen Gesellschaft, die als Bürge, Garant oder in einer anderen Form die Forderungen der Bank gegenüber der russischen Gesellschaft sichert, als verbunden erachtet wird und;
- die oben genannten ausländischen Gesellschaften haben weder Konten/Einlagen bei der russischen Bank, noch bei deren verbundenen Unternehmen. Darüber hinaus wurden keine Vermögenswerte der ausländischen Gesellschaften in die treuhänderische Verwaltung durch die Bank oder ihre verbundenen Unternehmen gegeben. Diese Bedingung gilt als erfüllt, wenn der Wert der Einlagen oder der Vermögenswert am Tag der Fälligkeit der Zinszahlungen für Darlehensschulden weniger als 50 % der ausstehenden Darlehensschuld beträgt, solange die entsprechenden Vermögenswerte nicht zur Sicherung der Darlehen dienen.

Weitere Gesetzesänderungen bzw. Konkretisierungen

Eine Gesellschaft, die ausschließlich Leasinggeschäften nachgeht, liegt dann vor, wenn mindestens 90 % ihres steuerpflichtigen Einkommens in dem entsprechenden Veranlagungszeitraum aus Leasinggeschäften stammt.

Darüber hinaus erwägt das russische Finanzministerium aufgrund der unerwarteten Abwertung der russischen Währung der Berechnung der schädlichen Fremdfinanzierung die Umtauschkurse zum 1. Juli 2014 zugrunde zu legen. Es wird befürchtet, dass andernfalls aufgrund der derzeit bestehenden Währungsschwankung unschädliche Gesellschafterfremdfinanzierungen nur durch die Änderung des Wechselkurses als schädliche Gesellschafterfremdfinanzierungen qualifiziert werden.

Wir erwarten weitere Konkretisierungen des Gesetzes, insbesondere im Hinblick auf die Berechnung der Beteiligungsverhältnisse ausländischer verbundener Unternehmen, die keine direkte oder indirekte Beteiligung am russischen Darlehensnehmer haben.

Die gesetzlichen Änderungen sollen bei Verabschiedung des Gesetzes in der bestehenden Form voraussichtlich ab 1. Januar 2016 in Kraft treten. Die Ausnahmeregel für Darlehen russischer Banken soll hingegen schon ab dem 1. Januar 2015 Anwendung finden.

Ihre Ansprechpartner in Deutschland:
Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483
Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252
Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Russland-Blog: <http://blogs.pwc.de/russland-news>

Serbien

Jährliche Einkommensteuererklärung

Das jährliche Durchschnittsgehalt in Serbien betrug im Jahr 2014 RSD 737,112 (ca. EUR 6.016).

Natürliche Personen mit Einkünften von mehr als RSD 2.211.336 im Jahr 2014 (das Dreifache des durchschnittlichen Jahresgehalts - ca. EUR 18.047) müssen jährlich eine Steuererklärung abgeben.

Seit den letzten Änderungen des serbischen Einkommensteuergesetzes sind folgende Personen verpflichtet, jährlich serbische Steuern zu zahlen:

- in Serbien Ansässige mit ihrem Welteinkommen;
- nicht ansässige Serben mit ihrem serbischen Einkommen.

Persönliche Steuerabzüge und -freibeträge

Die persönlichen Steuerabzüge und -freibeträge gelten gleichermaßen für alle in Serbien unbeschränkt Steuerpflichtigen, unabhängig davon, ob diese serbische oder ausländische Staatsangehörige sind:

- Für den Steuerpflichtigen gilt folgender Grundsteuerfreibetrag: RSD 294.844,80 (40 % des durchschnittlichen Jahresgehalts – ca. EUR 2.406);
- Für Familienangehörige kann folgender zusätzlicher Steuerfreibetrag geltend gemacht werden: RSD 110.566,80 (15 % des durchschnittlichen Jahresgehalts pro Angehörigen – ca. EUR 902).

Frist

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung für 2014 endet am 15. Mai 2015.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:

Predrag Milovanovic, Telefon: +381 11 33 02-100

Slowenien

Einführung von Steuerregistrierkassen

Zum 31. Januar 2015 traten geänderte Vorschriften im Hinblick auf die Aufzeichnung von Kassenumsätzen in Kraft. Ziel der Änderung ist die Missbrauchsbegrenzung bei Barzahlung im Geschäftsverkehr. Die Änderungen stützen sich auf das Steuerverfahrensgesetz und beziehen sich auf elektronische Registrierkassen sowie handgeschriebene/handschriftliche Rechnungen.

Schrittweise Einführung von Steuerregistrierkassen

Steuerpflichtige Personen werden verpflichtet, Kassenumsätze nur noch durch besondere elektronische Registrierkassen mitzuteilen. Diese Kassen ermöglichen das Löschen, das Hinzufügen und das Korrigieren von Umsätzen nur basierend auf der Nachverfolgbarkeit bestimmter Änderungen (d. h. korrekte Belegsammlung). Anfangs werden diese Registrierkassen nicht direkt mit der slowenischen Finanzverwaltung verbunden. Allerdings hat die Regierung reale Steuerregistrierkassen angekündigt, die zum 1. September 2015 unmittelbar mit der Finanzverwaltung verbunden sein werden. Steuerpflichtige Kleinunternehmer haben weiterhin die Möglichkeit, Rechnungen manuell auszustellen. Dies muss allerdings mit vorgeschriebenen und vorgedruckten Formularen aus einem gebundenen Buch für die Buchhaltung erfolgen.

Da das Gesetz keine Obergrenze für die Ausstellung von manuellen Rechnungen festlegt, haben Wirtschaftsteilnehmer die Wahl zwischen manuellen Rechnungen oder Rechnungen durch elektronische Registrierkassen.

Ausnahmen

Es gelten folgende Ausnahmen, bei denen die Ausstellung von Rechnungen nicht erforderlich ist:

- Pauschal-Landwirte, die ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen an den Endverbraucher vertreiben,
- Verkauf von Tickets, benutzte Chips im Rahmen der Personenbeförderung, Briefmarken, Stempelsteuer, Sicherheiten und Formulare im Rahmen des Postverkehrs, Verkaufsautomaten usw.

Die Ausnahmen gelten auch bei Fehlfunktionen der elektronischen Registrierkassen und bei Stromausfällen.

Kosten der Einführung

Die Kosten für die Einführung der Steuerregistrierkassen können danach variieren, ob der jeweilige Benutzer die entsprechende Technologie bereits nutzt. Sofern dies zutrifft, sind nur die Aktualisierung der vorhandenen Software und der Vertragsabschluss mit einem berechtigten Dienstleistungserbringer erforderlich. Die Kosten liegen in diesem Fall bei ca. EUR 10. Falls der Benutzer die vorhandene Software noch nicht nutzt, muss eine Steuerregistrierkasse gekauft werden. Die entsprechenden Kosten betragen dann ca. EUR 500.

Neuigkeiten in der Steuergesetzgebung

Besteuerung von Bankprovisionen und Versicherungsgeschäften

Zum 1. Januar 2015 wurden die Steuersätze für Bankgebühren und Versicherungsgeschäfte von 6,5 % auf 8,5 % erhöht.

Die Steuer auf Bankprovisionen wird nahezu auf alle Provisionen berechnet, die dem Kunden durch ihre Bank in Rechnung gestellt werden, z. B. Gebühren für Bargeld-Abhebungen am Geldautomaten, für die Darlehensgewährung, für die Erteilung von Kreditbürgschaften, für Überweisungen usw. Desweiteren wird die Steuer auf Versicherungsgeschäfte von Versicherungsprämien erhoben, die Versicherungsunternehmen ihren Kunden berechnen.

Arbeit durch Studenten

Nach dem Steuerbilanzgesetz wird die steuerliche Belastung eines Arbeitgebers im Hinblick auf die Tätigkeit von Studenten zum 1. Februar 2015 von 30,38 % auf 33,74 % erhöht.

Durch die beschlossene Änderung müssen Studenten Beiträge zur Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherung in Höhe von 15,5 % ihres Bruttogehalts zahlen. Folglich ist auch ein Mindeststundenlohn festgesetzt worden. Er beträgt EUR 4,50 brutto oder EUR 3,80 netto.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:

Janos Kelemen, Telefon: +386 1 58 36-058

Ukraine

Der Steuerkompromiss (Amnestie) ist seit dem 17. Januar 2015 auch für Unternehmen möglich

Der Präsident hat am 16. Januar 2015 das Gesetz zum Steuerkompromiss unterzeichnet, das am 17. Januar in Kraft getreten ist.

Steuerpflichtige haben nun das Recht, innerhalb von 90 Kalendertagen (bis einschließlich 17. April 2015) einen Antrag auf Steuerkompromiss zu stellen.

Der Steuerkompromiss sollte innerhalb von 70 Kalendertagen nach Antragstellung erlangt werden.

Methodische Empfehlungen für einen Steuerkompromiss

Am 17. Januar 2015 hat die ukrainische Steuerbehörde methodische Empfehlungen für einen Steuerkompromiss veröffentlicht.

Die Empfehlungen klären folgenden Gesetzesbestimmungen:

1. zusätzlich zur Steuererklärung für einen Steuerkompromiss muss der Steuerpflichtige einen begründeten Antrag auf Steuerkompromiss einreichen. Dieser wird daraufhin von den Steuerbehörden geprüft;
2. beantragt der Steuerpflichtige einen Steuerkompromiss im Hinblick auf eine bekannt gemachte Steuerfestsetzung, ist der Kompromiss nur zulässig, wenn der Steuerbescheid den allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen entspricht. Die Steuerbehörden haben das Recht, den Antrag des Steuerpflichtigen für einen Steuerkompromiss abzulehnen, wenn dieser nicht gesetzeskonform ist. Die Steuerbehörden sind allerdings nicht verpflichtet, die Ablehnung eines Antrags zu begründen.

Die methodischen Empfehlungen erklären darüber hinaus, wie die Steuererklärung zu erstellen ist.

Klarstellung der neuen Umsatzsteuerregeln durch die Steuerbehörden

Die Finanzverwaltung hat folgende Punkte zum elektronischen Umsatzsteuerverwaltungsverfahren erläutert:

- Seit dem 1. Februar 2015 ist die Registrierung aller Umsatzsteuerrechnungen im Register für Umsatzsteuerrechnungen erst verpflichtend.
- Folgende Strafen für eine verspätete Registrierung von Umsatzsteuerrechnungen wurden festgesetzt:
 - Registrierung im Januar 2015: keine Strafen;
 - Registrierung zwischen dem 1. Februar und dem 1. Juli 2015: keine Strafen in Höhe von 10 % für eine Verspätung von bis zu 15 Kalendertagen. Allerdings gelten Strafen in Höhe von 20 % - 50 % für eine Verspätung von mehr als 15 Kalendertagen;
 - Strafen gelten nur in Bezug auf Umsatzsteuerrechnungen an einen Kunden, der die Umsatzsteuer zu zahlen hat.

- Umsatzsteuerverbindlichkeiten für Dezember 2014 und Januar 2015 sind vom aktuellen Geschäftskonto des Steuerpflichtigen an den Staat zu zahlen. Danach sind die Umsatzsteuerverbindlichkeiten vom elektronischen Umsatzsteuerkonto zu zahlen.

Die Erläuterungen stellen keine allgemeinen Grundsätze dar. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass sich der Standpunkt der Finanzbehörden in der Zukunft ändern könnte.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Myroslava Suprunyuk, Telefon: +380 44 490 6777

Ungarn

Sozialversicherung bei Entsendungen und Meldepflicht

Worauf muss bei einer Auslandsentsendung geachtet werden?

Entsendet ein Arbeitgeber seinen Angestellten ins Ausland, entsteht oft die Frage, wo Sozialabgaben für den Arbeitnehmer während seiner Entsendung zu leisten sind. In solchen Fällen reicht es nicht aus, mit der ungarischen Gesetzgebung vertraut zu sein und diese ausschließlich anzuwenden. Es müssen auch internationale Standards und Abkommen beachtet werden.

Wird eine Person in einen EWR-Staat oder in einen Staat entsendet, der mit Ungarn ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat, bleibt diese Person unter bestimmten Voraussetzungen für einen bestimmten Zeitraum nach dem ungarischen Sozialversicherungssystem versichert. Die notwendige Bescheinigung muss vom Unternehmen erlangt werden.

Bei Ausübung einer Arbeit in einem Drittstaat kann die Person verpflichtet werden, Krankenversicherungsbeiträge zu leisten, falls sie einen ständigen Wohnsitz in Ungarn hat.

Personen ohne Versicherung können nach dem Gesetz eine separate Vereinbarung abschließen, die einen Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen begründet.

Wenn ein Teil oder das gesamte Einkommen, das während der Entsendung erzielt wird, in Ungarn von der Einkommensteuer befreit ist, ist bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Sozialabgaben und bei der monatlichen Erklärung des Einkommens im Rahmen der Lohn- und Gehaltsabrechnung besondere Aufmerksamkeit gefordert, da besondere Regeln Anwendung finden.

Worauf muss bei Entsendungen nach Ungarn geachtet werden?

Wenn eine ausländische Person nach Ungarn entsendet wird, sollte folgendes überprüft werden:

- Fallen Sozialversicherungsbeiträge an,
- besitzt die entsendete Person maßgebliche Bescheinigungen und
- welche Art von Meldepflicht könnte für die entsendete Person und für das Unternehmen entstehen.

Wichtig ist zu beachten, dass nach Ungarn entsendete Personen aus Drittstaaten für zwei Jahre von Sozialversicherungsbeiträgen befreit werden können. In diesem Fall können vor dem 1. Juli 2015 keine ungarischen Sozialversicherungsverpflichtungen entstehen. Unter besonderen Voraussetzungen kann die Befreiung teilweise über die anfängliche Frist von zwei Jahren hinaus verlängert werden.

Meldepflicht

Unternehmen können verschiedene verwaltungstechnische Verpflichtungen haben. Diese hängen davon ab, ob:

- sie einen Arbeitnehmer entsenden oder einen entsendeten Arbeitnehmer bekommen und
- sie der entsendeten Person eine Art von Einkommen zahlen und wenn ja, aus welchem Staat die entsendete Person kommt.

Gehaltsnebenleistungen

Ab dem Jahr 2015 gelten einige Änderungen für die Gehaltsnebenleistungen (Erzsébet-Gutschein, lokale Fahrkarten, freiwillige Mittel usw.).

Eine wesentliche Änderung besteht darin, dass Gehaltsnebenleistungen bis zu einem Höchstbetrag von HUF 200.000 (ca. EUR 648) pro Jahr zum Vorzugssteuersatz von 35,7 % (anstelle des höheren Steuersatzes von 51,17 %) erbracht werden können. Im Vorjahr lag die Höchstgrenze bei HUF 500.000 (ca. EUR 1.619). Die SZEP-Card (eine Art Kundenkarte für Unterbringungen) stellt eine Ausnahme der neuen, niedrigeren Grenze dar. Diese kann zusammen mit anderen Zusatzleistungen bis zu einem Betrag von HUF 450.000 (ca. EUR 1.457) pro Jahr gewährt werden.

Diese Änderungen der Gesetzgebung haben allerdings negative Auswirkungen auf Arbeitnehmer, die einen Anspruch auf einen höheren Essenzzuschuss haben. Es ist außerdem zu erwarten, dass die SZEP-Card gegenüber anderen Zusatzleistungen bevorzugt wird.

Die Änderungen führen allerdings zu einem höheren Verwaltungsaufwand für einen Arbeitgeber, da er nun drei Kriterien überprüfen muss:

- eine besondere Grenze für bestimmte Zusatzleistungen (z. B. HUF 8.000 [ca. EUR 25,90] pro Monat für Erzsébet-Gutscheine),
- die Jahreshöchstgrenze von HUF 200.000,
- die Jahreshöchstgrenze von HUF 450.000 für die SZEP-Card.

Möglichkeiten für Steuereinsparungen

Durch die erhöhte Steuerbelastung auf Gehaltsnebenleistungen steigt die Attraktivität folgender steuerfreier Zusatzleistungen:

- Zuschüsse bei der Unterbringung
- kulturelle Dienstleistungen oder Gutscheine
- Tickets und Eintrittskarten für Sportveranstaltungen
- monatliche Zahlung der Risikoversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber

Da die o. g. Zusatzleistungen einkommensteuerfrei sind, sind sie mindestens 35,7 % günstiger als die üblichen Gehaltsnebenleistungen. Darüber hinaus gelten die Grenzen von HUF 200.000 und HUF 450.000 nicht für diese Leistungen.

Die Steuervorschriften für Firmenwagen von Arbeitnehmern werden ebenfalls vorteilhafter. Diese Zusatzleistung kann nun auch in das Cafeteria-Modell aufgenommen werden. Auch diese Leistung ist von der Einkommensteuer befreit, allerdings ist hier die Firmenwagensteuer zu zahlen.

Außerdem gibt es Möglichkeiten der Steuerbefreiung von Zusatzleistungen, in Form von Sicherheiten in Höhe von bis zu HUF 1.000.000 (ca. EUR 3.238) zugunsten von Arbeitnehmern, wenn die Verfahrensvorschriften eingehalten werden.

Kein Lohnersatz

Seit dem Jahr 2015 regeln klare gesetzliche Vorschriften, dass Zusatzleistungen an natürliche Personen weder steuerfrei sind noch der begünstigten Besteuerung unterliegen. Es ist folglich nicht möglich, Gehälter Zusatzleistungen nach dem Cafeteria-Modell zu ersetzen. Verzichtet beispielsweise ein Arbeitnehmer auf einen Teil seines Gehalts im Tausch für Erzsébet-Gutscheine oder Zuschüsse bei der Unterbringung, werden diese Zusatzleistungen nicht nach den begünstigenden Regeln besteuert. Leider ist der Anwendungsbereich der Vorschriften noch unklar, sodass künftig viele Interpretationsfragen und Prüfungsfeststellungen zu diesen Vorschriften zu erwarten sind.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Peter Nagy, Telefon: +36 1 461-9461

Blog

Zusätzliche Informationen zum Thema Osteuropa finden Sie auch in unserem Blog unter:

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

English translation

Estonia

Income tax and unemployment insurance contributions' rates reduced, tax exempt allowance increased

As from 1 January 2015, the general income tax rate has been reduced from 21 % to 20 %. Also, the unemployment insurance contribution rates have been set lower. The new rates are 1.6 % for employees and 0.8 % for employers (previously 2 % and 1 %).

The monthly tax exempt allowance has been raised from 144 euros up to 154 euros (1848 euros per year). Tax exempt allowance on pensions is 220 euros per month, thus, along with the general tax exempt allowance, a pensioner may have 374 euros of tax exempt income per month.

Minimum wage

The Government of the Republic of Estonia has raised the rate of minimum wage up to EUR 390 per month for full-time work. The rate of minimum hourly wage has been raised from EUR 2.13 euros to 2.34. The new minimum wage rates are effective from January 2015.

New corporate tax return forms

As from 1 January 2015, the corporate tax return form TSD with appendices has been updated (firstly due by 10 February 2015). The main change in the reporting principles is that from now on the taxpayer has to insert only the initial data and the system calculates all respective taxes on taxpayer's behalf (self-assessment is replaced by assessment principle).

Special attention should be paid on Annex 7 of TSD as completion may take longer than usually and appear more complex, especially for those entities founded some years ago or that have been subject to a corporate merger/division. The tax authorities' guidelines on how to fill out the renewed Annex 7 are published on their website: <http://www.emta.ee/index.php?id=35843>.

Lithuania

The determination of taxable period

The Rules on determination of taxable period as well as request form PVM105 to establish a taxable period were amended.

The Rules were supplemented with additional explanations that legal persons (individuals) newly registered as VAT payers are able to determine a calendar half-year (calendar month) as a taxable period as from the date of their VAT registration.

It is additionally explained that newly VAT registered persons that wish that their taxable period would be determined immediately after their VAT registration, are able to submit request form to amend taxable period not later than until the 15th day of the following month after the month of VAT registration.

Regarding the Social Security Contributions (SSC)

Starting from 1 January 2015, SSC paid by the owners of a personal entity, general partners of small partnerships and general partnerships have to be paid in twofold.

Social security contributions on the funds actually withdrew for personal needs have to be paid in the following cases:

- Personal entity, small partnership or general partnership operates for the first year;
- Individuals are not older than 29 years old;
- Individuals are assigned with retirement or disability pension;
- SSC are already paid for the individuals (e.g., individual works according to employment agreement);
- Individuals have paid SSC themselves as persons running the individual activity (except for those who work according to business certificate).

In all the other cases, SSC have to be paid on the amount not smaller than the minimum salary even if the funds for personal needs are not being withdrawn.

Mongolia

What Mongolian tax issues should foreign individuals consider as the filing deadline approaches?

As the filing deadline for individual tax approaches (15 February 2015), foreign individuals staying in Mongolia should consider relevant tax issues, such as tax residency status, what constitutes taxable income, taxable rates, individual tax filing and payment requirements and deadlines, as well as potential penalties.

Your income earned outside of Mongolia could be also subject to Mongolian taxes.

Tax residency status

A foreign individual is considered as Mongolian tax resident if he or she resides in Mongolia for 183 or more days in a tax year or owns a residence in Mongolia (Article 6.1.1 and 6.1.2 of the Law of Mongolia on Personal Income Tax [PIT]). Above days are calculated based on the number of days of a calendar year from the day of entry into Mongolia and in case of multiple entries, it will be determined based on the total days of stays in Mongolia.

A foreign individual is considered as a non-resident taxpayer in Mongolia if he or she has no residence in Mongolia and has not stayed in Mongolia for 183 or more days in a tax year (Article 7.1 of the PIT law).

Taxable income

If a foreign individual is resident taxpayer of Mongolia, his or her income earned in Mongolia as well as income received from any source outside of Mongolia (i.e. worldwide income) is subject to tax in Mongolia (Article 9.1.1 of the PIT law).

Regarding non-resident taxpayer, only income earned in Mongolia is subject to tax in Mongolia (Article 9.1.2 of the PIT law).

Tax rates

Both resident and non-resident taxpayers are taxed at 10 % on all type of income earned, except following types of income:

- income from creation of scientific, literary and artistic works, invention, product design and organizing and participating in sport competition, art performance, and other similar income is taxable at 5 %; furthermore, income from remuneration for sports competition, art performance, and festival is taxed at 5 %
- income from sale of immovable property is taxable at 2 %
- income from quiz, gambling, and lottery is taxable 40 %.

Please note that these rates could be reduced or waived based on relevant Double Tax Treaties.

Individual tax filing and payment requirements

Individual tax filing and payment obligations arise in Mongolia for resident tax payers who have earned income in Mongolia that is not subject to taxation at the source of payment in Mongolia and/or have received income from any sources outside of Mongolia.

Furthermore, non-resident taxpayers who have earned income in Mongolia not subject to taxation at the source of payment in Mongolia are also obliged to report and pay PIT on self-assessment basis.

A foreign individual should comply with their PIT obligations by registering with Mongolian Tax Authorities for PIT purpose.

Tax payment and filing deadlines

Annual tax return is due by 15 of February of the year following the reporting year (Article 28.2 of the PIT law). The annual individual income tax return is form TT-06 (a) and (b).

Currently returns are filed in hard copy with the tax authorities directly. However, according to tax authority, online submission will be available starting from January 2015.

Following individual income tax not paid at source should be paid by the 15 of the first month of the following quarter (Article 27.1.2, 27.1.3 and 27.1.4 of the PIT law):

- income tax from sale of immovable property
- income tax from leasing
- income tax from provision of professional services and conducting production and trade activities on an individual basis
- income tax from use of properties by others that are in a taxpayer's possession and ownership
- income tax from sale of movable property
- income tax from sale of stocks and securities.

Penalties for late tax payment and late submission of tax returns

If taxpayer did not pay taxes on time, tax administration will impose 0.1 percent penalty per each late payment day on outstanding balance of taxes payable (Article 74.2 of the General Taxation Law of Mongolia).

Penalty for late submission of tax return is imposed on individuals. Responsible person who has failed to file tax returns on time as specified in tax legislation to the tax administration would be fined 3-4 times the minimum labor wage (Article 75.1.3 of the General Taxation law of Mongolia). Please note that current minimum labor wage in Mongolia is MNT 192,000.

Poland

The Council of the European Union introduced an anti-abuse clause to the parent-subsidiary directive

On 19 December 2014 the Council of the European Union accepted a bill inserting an anti-abuse clause to the parent-subsidiary directive. At the Council meeting on 27 January 2015, the amendment to the directive was adopted. Member States have to transpose the amendment into their national law by the end of this year.

The parent-subsidiary directive exempts from withholding taxes dividends and other types of profit-sharing payments made by subsidiary companies to their parent companies in order to eliminate double taxation of such income at the level of the parent company. On 25 November 2013, the Commission initiated the discussion regarding an anti-abuse clause to prevent certain perceived abuses of the directive.

According to the amended directive, member states shall not grant the benefits from the directive to arrangements that

- have been put into place for the main purpose of obtaining a tax advantage contrary to the object or purpose of the directive, and
- that are not genuine considering all relevant facts and circumstances.

According to the new clause, an arrangement shall be regarded as not being genuine to the extent it has not been put in place for valid commercial reasons reflecting an economic reality.

The clause shall not preclude the application of domestic or treaty-based provisions established for the prevention of tax evasion, tax fraud or abuse.

Note that Poland plans to implement a general anti-abuse clause in the Polish Tax Ordinance as of 1 January 2016. Currently, it is hard to predict how these two anti-abuse clauses will work together.

What does that mean?

After the domestic implementation of the anti-abuse clause, tax authorities may more closely scrutinize the flows between, into or from holding companies. Moreover, it is currently not certain how the Polish tax authorities will define certain terms used in the amendment, such as “valid commercial reasons which reflect economic reality”. It may be worth reviewing planned dividend flows out of Poland or into Polish holding companies and to make adjustments where necessary in order to comply with the directive prior to 1 January 2016. There is still time to create a strategy or direction of change in situations where the new anti-abuse clause could apply.

Romania

Clarifications regarding the “mini one-stop-shop” regime

The President Order no. 4023 approved the taxable person registration procedure for the special regimes (EU and non-EU) for electronic services, telecommunication, broadcasting and television, as well as for the VAT declaration.

The procedure covers both taxable persons with their registered office or a fixed establishment in Romania and taxable persons established outside the European Union who provide such services to non-taxable persons established in the European Union.

For registration in Romania, taxable persons have to fulfil the following requirements:

- Not be already registered for use of a special regime in another Member State;
- Not be in a condition where it is forbidden for them to use one or both special regimes.

Administration of taxable persons using these regimes is attributed to Fiscal Administration for non-residents taxpayers within the General Directorate of Public Finance Bucharest.

Taxable persons who choose to use one special regime and whose chosen registration Member State is Romania must submit electronically a statement of commencement of activities to the competent authority.

Taxable persons which own fixed establishments in other Member States have to include those in the statement of commencement of activity with all the identification data.

Taxable persons outside the European Union must also submit a statement confirming that they are not registered for VAT purposes anywhere in the European Union.

Following their registration, taxable persons have to submit electronically to the competent authority a special VAT statement for each calendar trimester, regardless of whether or not services were provided in that period.

The competent authority has to be notified of any changes to the initial data by the tenth day of the following month. If after registration in Romania a taxable person which does not have a registered office, but does own various fixed establishments in the European Union intends to choose another registration Member State, the change can be performed as of 1 January of the third year after their registration in Romania.

If that registered taxable person intends to renounce the use of the special regime then, they must submit a notification at least 15 days before the end of the calendar quarter prior to that in which it intends to stop using the regime.

9 % VAT rate for accommodation

The amendment of point 23 in the Methodological Norms for the application of Law no. 571/2003 concerning the Fiscal Code provides for a reduced VAT rate of 9 % for all types of accommodation available in tourist locations. The types of accommodation covered are:

- accommodation without breakfast;
- accommodation with breakfast;
- half-board accommodation;
- full-board accommodation;
- “all-inclusive” accommodation, offered at an aggregated total price.

The 9 % VAT rate is also applied to the recharge of the exact cost of such operations, except when the application of the special tax regime for tourism agencies is mandatory.

Russia

Upcoming changes in the thin cap rules

The State Duma has passed a bill in the first reading that would amend Russia's thin capitalization rules that permit reclassifying interest paid as dividends for tax purposes.

While it is expected that the bill will undergo further fine-tuning, the general idea is clear.

The rules will apply not only when borrowing funds from foreign companies that have a direct or indirect interest in the Russian borrower, or from Russian sister companies, but also when borrowing from Russian and foreign related parties. This means, for example, that loans from foreign sister companies would be subject to the new rules.

At the same time, the lawmakers have introduced an important exception that applies to loans from Russian banks, with some nuances.

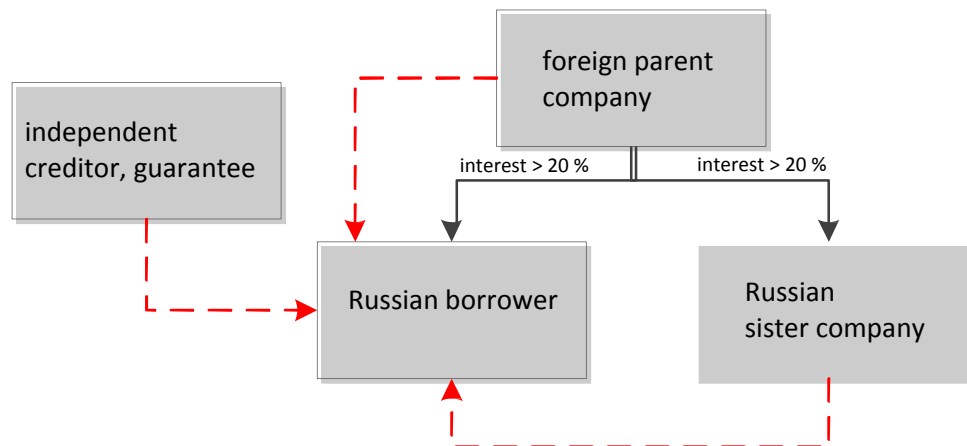
The 3:1 and 12.5:1 ratios remain the same while the definition of sole leasing activities has been clarified.

How do the old and new rules work?

Under the current rules, the following debts are deemed controlled:

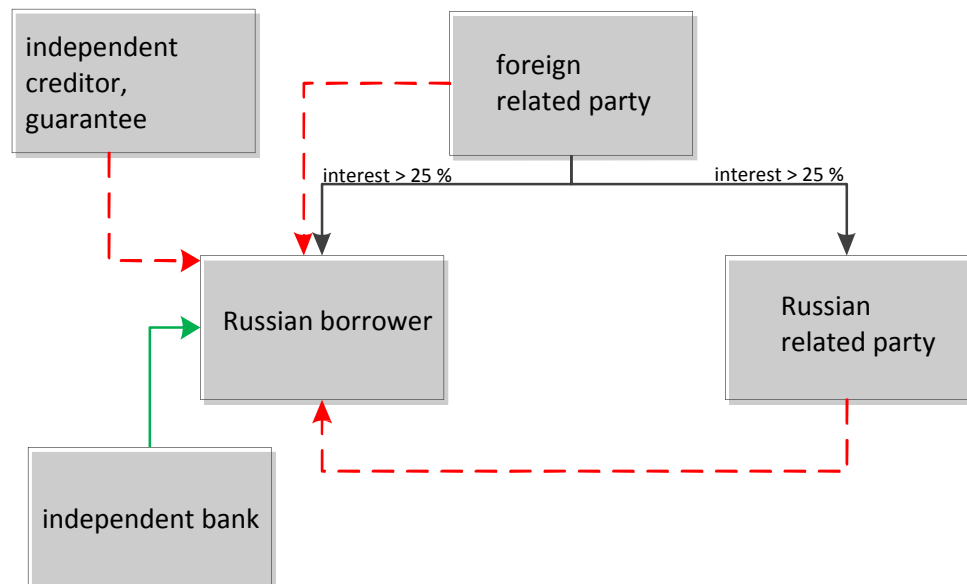
- a debt to a foreign parent company (with a direct or indirect interest of over 20 %);
- a debt to a Russian sister company (an affiliate of the above foreign company);
- a debt to any creditor if the liability has been guaranteed or otherwise secured by the above entities.

The red arrows in the diagram indicate loans subject to the rules, while the green ones point to those that are exempt from the rules.



The example where the new rules apply:

- a debt to a foreign related party;
- a debt to a Russian entity deemed related to the above foreign party;
- a debt under debenture that has been guaranteed or otherwise secured by the above entities.



Interdependence: What types of loans will be controlled?

The concept of interdependence is defined in Article 105.1 of the Russian Tax Code. This article states that entities may be deemed related if one has a direct or indirect interest of over 25 % in the other, if they are sister companies with the same shareholder holding an interest of over 25 % in each company, or on other specific grounds.

Furthermore, under the Russian Tax Code, the courts are authorized to deem entities as related on other grounds if their specific relations could affect the terms of transactions they have entered into.

Accordingly, under the bill, the equity share threshold applicable to loans from foreign shareholders would rise from 20 % to 25 %, while loans from foreign sister companies (concerning which the court practice to date has been contradictory¹) and from other related parties would also be controlled even if there is no interest, direct or indirect, in the Russian borrower. In certain situations, the courts' ability to deem entities as related may make the implications of applying the rules quite unpredictable.

Exceptions for loans from Russian banks

Under the bill, debts to Russian banks would be exempt from the rules. However, this would require that all of the conditions below be met:

- the given debt is to a Russian bank that has not been deemed related to either the Russian borrower or foreign entities that are acting as warrantor or guarantor, or have otherwise pledged to meet the Russian company's obligations;
- such foreign entities do not maintain any accounts with the bank holding the debenture liability, or with such bank's related entities, and no assets of such foreign entities have been placed in trust at the given bank or its related entities. This condition would be considered to have been met if the amount of deposits or value of assets is less than 50 % of the outstanding debt as of the date interest on such debt is paid, while such cash funds (assets) could not be used to secure the debt.

Other proposed changes

An entity that is engaged solely in leasing is deemed to be one with income from leasing activities comprising at least 90 % of all taxable income earned in the relevant tax period.

Note also that the Russian Ministry of Finance is considering freezing foreign exchange rates as of 1 July 2014 for 2015 debt-to-equity ratio calculation purposes, because many bona fide taxpayers simply cannot withstand 3:1 and 12.5:1 ratios given that debt amounts are increasing in rouble terms. It is our understanding, however, that this issue has not been decided yet.

We expect that the text of the bill will undergo further fine-tuning, specifically with regards to calculating the capitalization ratio when a foreign related party has no direct or indirect interest in the Russian borrower.

If the bill is enacted into law, it is expected that the amended rules would take effect on 1 January 2016, while favorable terms and conditions for loans issued by independent Russian banks would kick in from 1 January 2015.

We will be closely monitoring the progress of this bill as it makes its way through the legislative process. At this stage, we advise that you review your financial liabilities to factor in the likely impact of the new rules starting from 2016.

Serbia

Annual Personal Income Tax Return

The average annual salary paid in Serbia in 2014 is RSD 737,112.

Individuals required to submit annual income tax returns are individuals whose net income earned in 2014 is higher than RSD 2,211,336 (three times average annual salary).

Please be reminded that due to the latest amendments to Serbian Personal Income Tax Law, individuals required to pay Serbian annual tax liability are:

- Serbian Residents on their worldwide income,
- Serbian non-residents on their Serbian sourced income.

Deductions and allowances

The same personal deductions and allowances apply to both Serbian and foreign nationals:

- In the case of the taxpayer:
RSD 294,844.80 (40 % of the average annual salary);
- In the case of dependent family members:
RSD 110,566.80 (15 % of the average annual salary per dependent)

Deadline

The deadline for submission of the annual income tax return for 2014 is 15 May 2015.

Slovenia

Implementation of Tax cash registers

As of 31 January 2015, amended rules with regards to recording cash turnover came into force. Main purpose behind the amendment is the restriction of abuse with respect to cash payments within business transactions. The aforementioned changes are based on the Tax Procedure Act and relate to electronic cash registers and handwritten/manually written invoices.

Gradual implementation of tax cash registers

Taxable persons will be obliged to report cash turnover only through specific electronic cash registers, which will enable deleting, adding and correcting turnover based on traceability of particular changes (i.e. proper audit trail). For the time being such cash registers will not be connected directly to Financial Administration of Republic of Slovenia (Furs). However, the government announced so called real tax cash registers which will be connected directly to Furs as of 1 September 2015. Small taxable persons will still have an option to issue invoices manually, however, only through prescribed and pre-printed forms from the bound book of accounts.

Since the law does not stipulate the upper limit for issuance of manual invoices, persons performing economic activity, will have an option to decide, whether they will issue invoices manually or through electronic cash registers.

Exceptions

In some cases exceptions are determined, where the issuance of an invoice will not be required. The exceptions are the following:

- Flat-rate farmers which distribute their products or services to the end consumer,
- Sale of tickets, chips used in passenger transport, stamps, stamp duties, securities and forms used in mail transport, vending machine sales etc.

Exceptions will also apply in case of malfunctions of electronic cash registers and power failures.

Implementation costs

Cost relating to the implementation of tax cash registers will vary depending on the fact, whether a specific user already operates with existing technology. If so, only the upgrade of an existing software system and the conclusion of a contract with an authorized service provider will be required. In this particular case, the costs should amount to approximate EUR 10. However, if the user is not already using the existing software, the purchase of a tax cash register will be required which will amount to ca. EUR 500.

Novelties within the tax legislation

Taxation of banking commissions and insurance transactions

As of 1 January 2015, tax rates regarding the taxation of banking fees and insurance transactions are increased from 6.5 % to 8.5 %.

Taxes on banking commissions are calculated virtually on all commissions charged to its customers by the banks e.g. ATM withdrawals, loan grants, issuance of loan guarantees, payments of money order forms etc. Furthermore, taxes on insurance transactions are imposed on the insurance premiums charged to its customers by the insurance companies.

Work of students

Based on the Fiscal Balance Act, the tax burden for employers with respect to student's work is being increased from 30.38 % to 33.74 % as of 1 February 2015.

Under the enacted change, students will now have to pay contributions for pension and disability insurance in the amount of 15.5 % of their gross salary. In light of the above, the minimal hourly wage is also prescribed in amount of EUR 4.5 gross or EUR 3.8 net.

Ukraine

Tax compromise (amnesty) is now available to companies effective from 17 January

Signed by the President on 16 January, and published on 17 January, the Law introducing a tax compromise (amnesty) has officially come into force.

Therefore, starting from 17 January and within 90 calendar days (i. e. until 17 April 2015) taxpayers will have the right to apply for a tax compromise.

The tax compromise should be achieved within up to 70 calendar days following the date of its initiation.

The tax authorities have issued methodical recommendations regarding a tax compromise

On 17 January 2015 the State Fiscal Service issued methodical recommendations for a tax compromise.

The recommendations clarify certain provisions of the law, namely:

1. in addition to the tax return for a tax compromise, a taxpayer should submit an explanation regarding the reasons for applying for a tax compromise, which will be considered by the tax authorities;
2. if a taxpayer applies for a tax compromise with regard to tax obligations previously assessed by notified decisions, the compromise is applicable only if the tax assessment complies with the general requirements indicated by law. The tax authorities will have the right to reject the taxpayer's application for a tax compromise if such application does not comply with the legal requirements. However, the tax authorities are not obliged to substantiate the rejection of a taxpayer's application.

Furthermore, the methodical recommendations explain how to fill out the tax return.

The tax authorities have clarified the new VAT rules

Recently, the tax authorities clarified some issues related to the electronic VAT administration system. In particular, according to their position:

- Registration of all VAT invoices in the Unified Register of VAT Invoices is mandatory only starting from 1 February 2015.
- Fines for late registration of VAT invoices should be applied as follows:
 - No fines should apply in January 2015;
 - Starting from 1 February 2015 till 1 July 2015 fines of 10 % for a delay of up to 15 calendar days do not apply. However, fines of 20 % - 50 % for delays over 15 calendar days are applicable during this period;
 - Fines apply only in respect of the VAT invoices which should be provided to the customer – VAT payer.
- VAT liabilities for December 2014 and January 2015 should be paid to the state budget from current bank account of the taxpayer. Afterwards, VAT liabilities should be paid to the state budget from electronic VAT account.

The analyzed clarifications are not formalized as generalized tax consultation. Therefore, we do not exclude that the position of the tax authorities may change in the future.

Hungary

Social Security in case of an assignment and reporting obligation

What should you pay attention to in case of a foreign assignment?

When an employer sends its employee(s) abroad to work, the question arises as to where contributions should be paid on the remuneration provided to the employee during the assignment. In such cases, it is not sufficient to be familiar with and apply only the Hungarian legislation: international standards and conventions must also be taken into consideration.

Individuals assigned to an EEA country or to a country with which Hungary has a social security treaty will remain insured under the Hungarian social security system up to a certain period of time, provided that they meet certain conditions. The necessary certificate must be obtained by the company.

If the work is performed in a third country, these individuals might be liable to pay health service contributions, depending on whether they have a permanent address in Hungary.

The legislation allows individuals without insurance to enter into a separate agreement to be eligible for social security benefits.

If some or all of the income earned during the assignment is exempted from personal income tax in Hungary, special attention should be paid to determining the contribution base and to the monthly reporting of this income during payroll calculations, since special rules apply in this case.

What should you pay attention to in case of an incoming assignee?

If a foreign individual is assigned to Hungary, the following should be examined:

- whether or not social security obligations arise,
- what kind of certificates the individual possesses and
- what kind of reporting obligations might arise for both the individual and the company.

It is important to note that third country nationals assigned to Hungary can be exempted from social security contributions for two years, and in their case, Hungarian social security obligations cannot arise before 1 July 2015. Under special circumstances, the exemption can be extended partially beyond the initial two-year period.

Reporting obligation

Companies can have different administrative obligations, depending on:

- whether they send or receive the assigned employee, and
- whether they provide some kind of income to the assignee and if yes, which country the assignee comes from.

Fringe benefits

From 2015, there will be a few changes in the regulation of fringe benefits (Erzsébet voucher, local travel passes, voluntary funds, etc.).

The essence of the change is that fringe benefits can be provided up to a maximum amount of HUF 200 000 per year under the 35.7 % preferential tax rate, instead of the higher 51.17 % rate. In 2014 this cap was HUF 500 000. The SZÉP Card is an exception of the new, lower threshold, as it can be provided, together with the other benefits, up to HUF 450 000 per year.

These legislative changes will only have a negative effect on employees who are entitled to a higher cafeteria amount, and it is expected that the SZÉP Card will be favored over the other benefits.

However, the changes will result in an increased administrative burden for employers because from now on they will have to monitor three criteria:

- a specific limit for a given benefit (for example, HUF 8 000 per month for Erzsébet vouchers),
- the annual amount of up to HUF 200 000,
- the annual amount of up to HUF 450 000 for the SZÉP Card.

Tax saving opportunities

The increased tax burden on fringe benefits will make the following tax-free benefits even more attractive:

- Support for housing purposes
- Cultural services or vouchers
- Tickets and passes for sporting events
- Risk insurance fees paid monthly by the employer

The above benefits are not subject to personal income tax, so they are at least 35.7 % cheaper than common fringe benefits. In addition, the HUF 200 000 or HUF 450 000 cap will not apply to these items.

The taxation rules that apply to company cars provided to employees will also be more favorable, and this benefit can be included in the cafeteria system. This benefit will not be subject to personal income tax, but the company car tax will have to be paid.

Finally, there will be opportunities to save tax on benefits provided to employees in the form of securities of up to HUF 1 million per year – if the procedural rules are followed, such benefits can be tax free.

No wage replacement

From 2015, there are clear statutory provisions in place which stipulate that benefits provided to private individuals in consideration of their performance may not belong to the tax-free or preferential taxation category. So it is not possible to replace wages with cafeteria benefits. For example, if an employee waives part of his or her salary in exchange for Erzsébet vouchers or support for housing purposes, such benefits cannot be taxed under the preferential rules. Unfortunately, the scope of this provision is still unclear, so it is expected that there will be many questions – and audit findings – about the interpretation of this rule in the next few years.

Blog

Please visit our blog for additional information about Eastern Europe.

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Ina Enache

Tel.: +49 30 2636-1249

ina.enache@de.pwc.com

Daniel Kast

Tel.: +49 30 2636-5252

daniel.kast@de.pwc.com

Tanja Galander

Tel.: +49 30 2636-5483

tanja.galander@de.pwc.com

Stanislav Rogojine

Tel.: +49 30 2636-5207

stanislav.rogojine@de.pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den Newsletter bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Subscribe“ an: subscribe_Osteuropa_kompakt@de.pwc.com.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Unsubscribe“ an: unsubscribe_Osteuropa_kompakt@de.pwc.com.

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Februar 2015 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.